

Ersetzt  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstag,  
Donnerstag und  
Sonabend.

Inserate:  
für den Raum  
e ner  
klein spalt. Zeile  
10 Pf.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement  
vierteljährlich  
1 R. 20 Pf.  
incl. Bringer-  
lohn.

Dieses Blatt  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblatte“.

### Der Beginn der Washingtoner Actionspolitik.

Der Präsident der nordamerikanischen Republik, Herr Grant, stand und steht bekanntlich in dem begründeten Verdacht, sich zum dritten Male zum Haupte des Staates erwählen lassen zu wollen. Eine 3malige Präsidentschaft ist zwar durch die Verfassung nicht verboten, es ist aber nicht Usus, einen einzigen Mann so lange an der Gewalt zu erhalten, man hütet sich davor, weil man fürchtet, sich sonst einen Dictator herauszubilden. Bei General Grant kommt nun noch der Umstand hinzu, daß er sich durch seine Verwaltung mißliebig gemacht hat. Er hat bei Besetzung vieler Stellen sich arger Mißgriffe schuldig gemacht. Nicht bloß unfähigen, sondern auch unwürdigen Personen, die aber eifrige Anhänger seiner Präsidentschaft und der republikanischen Partei waren, hat er einflußreiche, wichtige Posten überwiesen, so daß da und dort die grauenhafteste Wirthschaft eintrat und die Korruption in den Beamtenkreisen gradezu entsetzliche Dimensionen annahm. Diese Dinge brachten den General Grant um seine Popularität und die Volksstimme richtete sich immer mehr gegen ihn. Konnte bei der vorigen Präsidentenwahl zwar der Gegenkandidat Horace Greeley noch nicht gegen ihn aufkommen, so steht doch längst fest, daß Grant bei der nächsten Wahl nur wenig Stimmen bekommen wird. Auch seine treuesten Anhänger verlassen ihn, oder erklären sich wenigstens gegen seine zweite Wiederwahl. Wie schon voriges Jahr die Masse des Volkes über ihn dachte, das zeigten die Neuwahlen für Senat und Repräsentantenhaus (erste und zweite Kammer). Diese Neuwahlen reduzirten die Grant'sche Mehrheit im Senate auf ein Minimum und gaben im Repräsentantenhause seinen Gegnern die Majorität. Diese Gegner sind nicht etwa Feinde der Republik, wie Viele irrtümlich glauben, nein, sie alle huldigen der republikanischen Regierungsform, möchten aber, so weit sie der „demokratischen“ Partei angehören, die Selbstständigkeit der Einzelstaaten gegenüber der Centralgewalt erweitert wissen, und so weit sie der mehr centralistischen „republikanischen“ Partei angehören, den Grant'schen Ausmaß einer radikalen Reinigung unterziehen. Diese Repräsentantenkammer, die zu Anfang December sammt dem Senate zu einer Session zusammengetreten war, äußerte nun kürzlich ihre anti-grant'sche Gesinnung durch Fassung einer Resolution, welche sich auf's Allerentschiedenste gegen die zweite Wiederwahl des jetzigen Präsidenten ausspricht. Diese Resolution wurde mit allen gegen, wenn wir nicht irren, nur 18 Stimmen gefaßt, woraus hervorging, daß auch die Grant'schen Republikaner, mit Ausnahme dieser geringen Zahl von Unverbesserlichen, die Einsetzung eines neuen Staatsoberhauptes ersehnt. Die wenige Tage vorher an den Kongress gerichtete Präsidentenbotschaft hatte sonach die Stimmung der Volksvertreter nicht zu ändern vermocht. Und doch schien diese Botschaft einen solchen Zweck zu verfolgen. Sie machte so schöne, im freiheitlichen, republikanischen Geiste gehaltene Vorschläge, betonte die Nothwendigkeit der Wiederaufnahme der Baarzahlungen und rührte wider ein Bißchen an der cubanischen Frage, dieser Lieblingsangelegenheit Bruder Jonathan's, der sich zwar zu gern in der Hoffnung bestärken läßt, daß die „Perle der Antillen“ noch einmal der Union einverbleibt werden werde. Allein, mein Jonathan ließ sich diesmal nicht im Mindesten berücken, sei es, daß er Grant's Absicht durchschaut, sei es, daß er gegen die nachgerade bis zum Ueberdruß wiederholten Cuba-Phrasen der Grant'schen Botschaften abgestumpft ist, sei es endlich, daß die neuesten Grant'schen Cubaversprechungen ihm nicht bestimmt und verheißend genug waren. Die Botschaft betonte ja nur: weder sei Spanien im Stande, den Aufstand auf der Insel zu besiegen, noch seien die Insurgenten fähig, die Befreiung des Eilands herbeizuführen, von beiden Seiten würde mit größter Genugsamkeit verfahren, so daß die Pflicht an die Mächte herantrete, zu interveniren und dem Blutvergießen ein Ende zu machen.

Daß die cubanischen Stellen der neuesten Grant'schen Botschaft aber nicht so leere Worte sind, als diejenigen der früheren, das hat sich soeben ergeben. Die Washingtoner Regierung hat nämlich kürzlich sowohl das Versailles als auch das Londoner Cabinet — vielleicht auch die Kabinete der übrigen Großmächte — darum angegangen, mit den Vereinigten Staaten gemeinsam in der cubanischen Angelegenheit vorzugehen und den Frieden dort herstellen zu helfen. Sonderbarer Weise aber soll man amerikanischerseits hinzugefügt haben: man beabsichtige

weder eine American Cuba's, noch muthe man Spanien zu, die Selbstständigkeit der Insel zuzulassen. Letztere Zusicherungen darf man nun allerdings nicht für baare Münze nehmen. Möglicher Weise rechnet man in Washington darauf, von den Mächten einen Korb und die Erlaubniß zu erhalten, allein zu interveniren, und dann handelt man ja unter dem souveränen Gebote der Umstände und ist man nicht mehr an unter andern Verhältnissen gegebene Versprechungen gebunden.

Ist nun dieses neueste Vorgehen der Grant'schen Regierung der Anfang der oft in Aussicht gestellten cubanischen Action, oder geschieht es nur honoris causa, um nicht so ganz als Spiegelfechter dazustehen. Aber auch im ersteren Falle und gesetzt, Grant führt die cubanische Interventionpolitik schnell zu dem vom Yankee-Volke ersehnten Ende, halten wir es für sehr fraglich, ob man den gegenwärtigen Präsidenten der Republik noch einmal zum Staatsoberhaupt erwählen würde.

### Tagesgeschichte.

— Berlin. An die Ausführung der Einrichtungen für das Reichsgesundheitsamt, wozu die Mittel bekanntlich im Reichshaushaltsetat gewährt worden sind, soll demnächst geschritten werden. In den zunächst beteiligten Kreisen jener Aerzte, welche seit Jahren auf eine derartige Einrichtung hingewirkt haben, ist man weder mit dem bescheidenen Umfange, noch auch mit den Mitteln, welche für das Gesundheitsamt gefordert und bewilligt worden sind, zufrieden. Es sind deshalb von verschiedenen fachmännischen Seiten Vorschläge und Gesuche an die entscheidende Stelle ergangen, um eine anderweite Organisation zu ermöglichen, und namentlich zu bewirken, daß eine Autorität an die Spitze der Organisation gestellt werde. Es liegt auf der Hand, daß man augenblicklich darauf angewiesen ist, sich in den schon durch die verfügbaren Mittel gezogenen Grenzen zu bewegen und also auf die besagten Vorschläge nicht eingehen kann. Dagegen gewinnt es den Anschein, als ob die jetzige Einrichtung nur als eine provisorische in das Leben treten und mit einer Erweiterung schon in dem nächsten Etat vorgegangen werden möchte. Es ist daran zu erinnern, daß der zuerst angeregte Plan der Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes weit größere Dimensionen hatte, als die jetzige Einrichtung, daß aber die ersten Vorschläge an lebhaften Bedenken, welche von verschiedenen Einzelstaaten geäußert wurden, scheiterten.

— Den in den letzten Jahren am Seestrande durch den Sturm angerichteten großen Verwüstungen scheint die preussische Staatsregierung jetzt endlich der allgemein anerkannten Nothwendigkeit eines wirksamen Schutzes gegen das Meer Rechnung tragen zu wollen. Nach der „Post. Ztg.“ findet sich wenigstens ein in den Motiven zum Waldschutzesgesetzentwurf angekündigtes Gesetz über das Dünenwesen zum Schutze der Ost- und Nordseeküsten in den Stadien der Vorarbeit. Sachkenner fordern mit Recht, daß die Regierung nicht allein die ausschließliche Verwaltung der Sandbänke, Wellen und Dünen in die Hand nehme, sondern auch strengere Maßregeln zum Schutze derselben treffe. Eine allgemeine planmäßige Inangriffnahme der Dünenregulierung würde zwar viele Mittel erfordern, aber von unberechenbarem, von Jahr zu Jahr sich steigendem Vortheil sein. In dieser Beziehung ist bisher wenig oder gar nichts geschehen; der vorjährige preussische Staatshaushaltsetat hat nur unbedeutende Summen für das Dünenwesen und zur Herstellung von Steindeichen an der Insel Nordstrand sowie für Schutzbauten an der Insel Sylt anzuweisen. Will man verhindern, daß ganze Landstrecken und Gebäude weggeschwemmt werden, so muß man darauf bedacht sein, die vorhandenen Dünen nach Kräften zu schützen und zu erhalten, und zwar durch strengstes Verbot der muthwilligen Zerstörung derselben, durch Verbindung der getrennten Dünen durch Dossirung und das sogenannte Dämpfen derselben. Wenn auch die erste und hauptsächlichste Bestimmung der Dünen die ist, als Bollwerk gegen die Gewalt der Wogen zu dienen, so sind doch ihre ausgedehnten Flächen auch für die Landwirthschaft zu verwerthen. Wie die Erfolge auf den Inseln Romoe, Janoe und Anrum zeigen, ist die gedämpfte, mit Humus bedeckte Düne sehr culturfähig.

— Brüssel. Beunruhigende Symptome zeigen sich in der belgischen Arbeiterbevölkerung. An verschiedenen Orten sind in den letzten Wochen Waffenniederlagen entdeckt und Waffensendungen